Medizinischer Dienst
Bund

Stellungnahme
des Medizinischen Dienstes Bund

zum

Entwurf der Dritten Verordnung zur Verlängerung von Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der pflegerischen Versorgung während der durch das Coronavirus SARS-CoV-2 verursachten Pandemie

Stand: 24. Februar 2022

Medizinischer Dienst Bund

Stellungnahme

Der Medizinische Dienst Bund und die Medizinischen Dienste nehmen in vorliegender Stellungnahme zu folgenden ausgewählten Neuregelungen des Referentenentwurfs der Dritten Verordnung zur Verlängerung von Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der pflegerischen Versorgung während der durch das Coronavirus SARS-CoV-2 verursachten Pandemie wie folgt Stellung:

§ 1 Absatz 1 - Verlängerung von Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der pflegerischen Versorgung

Die Medizinischen Dienste unterstützen die im Referentenentwurf vorgesehene Verlängerung der Frist nach § 147 Absatz 1 Satz 1 SGB XI zur Geltungsdauer für die Möglichkeit die Pflegebegutachtung ohne persönliche Untersuchung des Versicherten im Wohnbereich aufgrund der zur Verfügung stehenden Unterlagen und auf Grundlage strukturierter telefonischer oder digitaler Befragung bis einschließlich 30. Juni 2022. Sie ist weiterhin sachgerecht und zum Schutz der Pflegebedürftigen geboten.

§ 1 Absatz 2 - Verlängerung von Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der pflegerischen Versorgung

Die Medizinischen Dienste begrüßen die im Referentenentwurf vorgesehene Verlängerung der Frist nach § 147 Absatz 6 SGB XI zur Geltungsdauer für die Maßgaben (§ 147 Absatz 1 SGB XI) bei Anträgen auf Pflegeleistungen bis einschließlich 30. Juni 2022. Diese Regelung ist weiterhin sachgerecht und geboten. Die vorgesehene Verlängerung von Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der pflegerischen Versorgung ermöglicht es den Medizinischen Diensten zum Schutz der vulnerablen Personengruppen weiterhin flexibel auf das Infektionsgeschehen und individuelle Risiken der Antragstellerinnen und Antragsteller reagieren zu können, um damit die Pflegebegutachtung und pflegerische Versorgung auch unter den Bedingungen der Corona-Pandemie sicherzustellen.